

1. Wildtiere im Zirkus

In Deutschland führen mehrere Dutzend Zirkusbetriebe Wildtiere wie Tiger, Elefanten, Flusspferde oder Seelöwen mit. Regelmäßig finden auch im Saarland entsprechende Gastspiele statt.

- a) Wie steht Ihre Partei zu der langjährigen Verbändeförderung, Wildtiere im Zirkus in Deutschland zu verbieten?*

Wir Grüne lehnen Wildtiere im Zirkus entschieden ab. Auftritte und Haltung im Zirkus bedeuten vor allem Tierleid. Die Tiere sind es in freier Wildbahn meist gewohnt, täglich große Distanzen zurückzulegen. Ihr natürlicher Bewegungsdrang und ihr Sozialverhalten werden durch die Haltung in Käfigen enorm eingeschränkt. Hinzu kommen der ständige Stress durch die vielen Fahrten sowie fragwürdige Dressurmethode, bei denen nicht selten zur physischen Bestrafung gegriffen wird. Die Folge dieser nicht artgerechten Haltung sind Verhaltensstörungen der Tiere, was in der Vergangenheit bereits zu Attacken auf Zirkusmitarbeiter und -besucher geführt hat. Es ist unser verfassungsgemäßer Auftrag, Tiere als Mitgeschöpfe zu achten und zu schützen. Ein Wildtierversbot in Zirkussen muss endlich im Tierschutzgesetz verankert werden. Bis dahin müssen die saarländischen Städte und Gemeinden unverzüglich ihren Flächen ein Auftrittsverbot für Zirkusse mit Wildtieren verhängen. Die Landesregierung sollte hier beratend tätig sein.

2. Tierversuche

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Schmerzen für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen und die wissenschaftliche Aussagekraft höchst umstritten sind.

- a) Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu fördern?*

Wir Grüne wollen die Zahl der Tierversuche minimieren. Viele Wissenschaftler zweifeln den Sinn vieler Tierversuche seit Langem an. Häufig sind die dadurch erzielten medizinischen Forschungsergebnisse nicht verlässlich auf den Menschen zu übertragen. Wir wollen deshalb die Erforschung von pharmazeutischen Alternativmethoden endlich auch staatlich fördern. Das Land muss Kooperationen mit Tierschutzverbänden und Forschungseinrichtungen eingehen, Forschungsprojekte anstoßen und diese mit Landesmitteln unterstützen. Wissenschaftlicher Fortschritt und Tierschutz dürfen sich nicht ausschließen.

3. Jagd auf Füchse

Im Saarland töten Jäger jedes Jahr mehrere tausend Füchse ohne den vom Tierschutzgesetz geforderten vernünftigen Grund. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Gründe gibt es für die flächendeckende Fuchsbejagung nicht. Vielmehr werden Füchse als Jagdkonkurrent angesehen und dienen darüber hinaus als lebende Zielscheibe im Rahmen einer Freizeitbeschäftigung. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd für zunächst ein Jahr ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.

- a) Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Jagd auf Füchse?*

Bündnis 90/Die Grünen Saar wollen Füchse nicht länger ohne jegliche Rechtfertigung zur Zielscheibe von Jägern machen. Zum einen haben wissenschaftliche Studien gezeigt, dass die Bejagung keine langfristigen Auswirkungen auf die Population hat. Zum anderen sind die Argumente der Fuchsjagdbefürworter, wie beispielsweise der Schutz vor Tollwut, völlig haltlos. Denn Tatsache ist, dass seit dem Jahr 2008 in Deutschland kein einziger Tollwut-Fall mehr aufgetreten ist. Auch gibt es keinen Beleg dafür, dass Füchse zum Rückgang der Bestandszahlen des Rebhuhns beitragen. Hierzu hat vielmehr die exzessive Landwirtschaft geführt.

b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass heimische Wildtiere wie Füchse nicht mehr flächendeckend ohne vernünftigen Grund getötet werden dürfen?

Wir Grüne setzen uns dafür ein, nach dem Vorbild Luxemburgs die Fuchsjagd auszusetzen, um nach einem festgelegten Zeitraum eine Aufnahme der Bestandszahlen zu machen.

4. Sauen in Kastenstandhaltung

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Dezember 2016 geurteilt, dass die bisher in der Schweinezucht eingesetzten Kastenstände aufgrund ihrer zu geringen Größe rechtswidrig sind.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass im Saarland unverzüglich und ausnahmslos auf eine rechtskonforme Haltungsform umgestellt wird?

Ja. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für ausnahmslos rechtskonforme Haltungsformen ein. Eine Evaluation der Situation im Saarland sehen wir als notwendig an.

5. Gefährliche exotische Tiere in Privathaltung

Mehrere Bundesländer wie Hessen, Thüringen oder Berlin haben die Privathaltung gefährlicher bzw. giftiger Tiere untersagt oder stark eingeschränkt. Tier- und Naturschutzverbände fordern einhellig solche Landesregelungen. Im Saarland gibt es derzeit keine Beschränkungen zur Haltung giftiger oder gefährlicher exotischer Tiere.

a) Wie steht Ihre Partei zu der Einführung eines Gefahrtiergesetzes?

Wir wollen die Vorfälle mit gefährlichen bzw. giftigen Tieren im Saarland evaluieren und notwendige Konsequenzen ziehen. Ein Gefahrtiergesetz böte die Möglichkeit, Menschen und Tiere zu schützen. Tierhalter sollten einen Sachkundenachweis erbringen.

b) Befürwortet Ihre Partei ein Verbot besonders gefährlicher/giftiger Tiere in Privathaltung?

Bündnis 90/Die Grünen Saar lehnen die Haltung besonders gefährlicher bzw. giftiger Tiere in nichtfachkundiger Haltung ab. Grundsätzlich wollen wir eine Anzeigepflicht für gefährliche Tiere implementieren.

6. Überpopulation freilaufender Katzen

Über 400 Städte und Gemeinden haben bereits die Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht von Katzen, denen Freigang gewährt wird, eingeführt. Dort müssen Halter von Freigängerkatzen ihre Tiere kastrieren und registrieren lassen, um die Anzahl der verwilderten Katzen, die oftmals krank, unterernährt und vielen Gefahren ausgesetzt sind, einzudämmen. Dadurch werden auch die überbeanspruchten Tierheime entlastet. Seit der Novellierung des Tierschutzgesetzes 2013 können die Landesregierungen die Ermächtigung für solche Maßnahmen an die Kommunen übertragen.

- a) *Befürwortet Ihre Partei die Einführung einer Verordnung, um die Kommunen zu ermächtigen, eine Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungsverordnung einzuführen?*

Bündnis 90/Die Grünen Saar halten eine Kennzeichnungspflicht mit entsprechender Registrierung für eine wertvolle Maßnahme zur Verbesserung des Tierschutzes, da so entlaufene Tiere schnell wieder ihrem Besitzer zugeordnet werden können. Darüber hinaus ist eine Kastrationspflicht für Katzen ein wichtiger Schritt, um unkontrollierte Vermehrung zu verhindern und auch Erkrankungen wie sich das immer weiter ausbreitende Katzen-AIDS einzudämmen. Für Katzen, die ausschließlich in der Wohnung gehalten werden, soll eine solche Kastrationspflicht freilich nicht gelten. Wir unterstützen die Entscheidung der Landesregierung, mittels Delegationsverordnung die Kommunen zur Einführung einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht zu ermächtigen. Darüber hinaus fordern wir die Aufnahme der Regelung in das Bundestierschutzgesetz, sodass es zu einer bundesweit einheitlichen Regelung kommt.

7. *Angeln für Kinder*

Im Saarland existiert kein Mindestalter für die Erteilung des Jugendfischereischeins. Eine Sachkundeprüfung ist ebenfalls nicht erforderlich. Selbst Kinder im Vorschulalter dürfen (unter Aufsicht) angeln, obwohl ihre Feinmotorik in dem Alter teils noch nicht einmal gänzlich ausgebildet ist. Durch diese frühe Heranführung an das Töten von Tieren, denen zuvor beim Angelvorgang unvermeidlich erhebliche Angst und Schmerzen durch den Angelhaken zugefügt wurden, werden die Kinder dazu erzogen, ihr natürliches Mitgefühl zu unterdrücken.

- a) *Befürwortet Ihre Partei die Abschaffung des Jugendfischereischeins gemäß § 28 Saarländischen Fischereigesetzes und somit den frühestmöglichen Erwerb des regulären Fischereischeins inklusive Fischerprüfung frühestens mit Vollendung des 14. Lebensjahres?*

Bündnis 90/Die Grünen Saar treten für einen konsequenten Tierschutz ein. Beim Erwerb von Fischerei- und Jagdscheinen müssen die Aspekte des Tierschutzes verstärkt vermittelt werden. Den pädagogischen Ansatz von Jugendfischereischeinen wollen wir einer Evaluation zuführen.

8. *Pflanzliche/tierische Nahrungsmittel*

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohem Niveau, was neben Tierleid auch sogenannte

Zivilisationskrankheiten fördert. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

a) *Wie bewertet Ihre Partei die Problematiken, die mit der Produktion und dem hohen Konsumniveau tierischer Nahrungsmittel einhergeht?*

Bündnis 90/Die Grünen Saar halten die Massentierhaltung für nicht verantwortbar und wollen die Subventionierung beenden. Die Massentierhaltung verursacht millionenfaches Tierleid. Der massive Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung gefährdet zudem die Gesundheit der Bevölkerung, denn Antibiotika für die Humanmedizin drohen aufgrund von Resistenzbildungen unwirksam zu werden. Die Tierhaltung in Deutschland ist auf den massiven Import von Eiweißfuttermitteln angewiesen. Kleinbauern werden in anderen Regionen der Welt von ihrem Land vertrieben, die Lebensmittelerzeugung der Menschen vor Ort verdrängt und der Regenwald für den Sojaanbau gerodet. Der Anbau von gentechnisch veränderten Sojabohnen führt zu einem massiven Einsatz von Pestiziden mit weitreichenden Folgen für die Gesundheit der Menschen vor Ort und für die Umwelt.

b) *Sind von Ihrer Partei Maßnahmen geplant, eine ausgewogene Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu fördern bzw. den Konsum tierischer Nahrungsmittel – etwa durch ein erhöhtes Angebot an veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen – in der Bevölkerung zu senken?*

Wir Grüne setzen uns für regionale Wirtschaftskreisläufe, den Biolandbau und die Direktvermarktung von Lebensmitteln ein. Lebensmittelverschwendung wollen wir auf allen Stufen der Wertschöpfungskette reduzieren. Die Förderung bei der Umstellung auf den Ökolandbau wollen wir wieder aufnehmen und hierfür mehr ELER-Fördermittel bereitstellen. Gerade in Schulen ist es wichtig, bei Kindern und Jugendlichen ein Bewusstsein für gesunde Ernährung zu schaffen. Deshalb setzen wir uns für ein gut ausgestattetes Schulobstprogramm ein. In den Schulen sollen die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. entwickelten Qualitätsstandards für die Schulverpflegung angewendet und der Einsatz regionaler und saisonaler Lebensmittel gesteigert werden.

9. Verankerung des Tierschutzes im saarländischen Bildungslehrplan

Weder im saarländischen Schulgesetz noch in den Lehrplänen wird Tierschutz explizit als zentraler Bestandteil der Schulbildung aufgeführt. Durch eine möglichst umfassende Bildung über Ernährung, Tiere und ihre wirtschaftliche Nutzung lernen Schülerinnen und Schüler, verantwortungsvolle Entscheidungen für sich, die Gesellschaft und die Tiere zu treffen. Diese Aufklärung ist notwendiger Bestandteil, um den Schülerinnen und Schülern die Zusammenhänge und Wirkungsweisen zwischen der Ernährung und ihren gesundheitlichen, ökologischen und ökonomischen Konsequenzen aufzuzeigen. Auf dieser Grundlage können sie die Gesellschaft aktiv und in politischer und sozialer Verantwortung mitgestalten.

Wir stimmen der Bedeutung des Themas Tierschutz im saarländischen Bildungslehrplan voll und ganz zu und fordern in unserem Wahlprogramm die Verankerung des Themas in Kindergärten, Schulen und Einrichtungen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dies soll fächerübergreifend stattfinden und alle Bereiche umfassen, in denen Tieren Schaden zugefügt wird, sowohl in der freien Natur als auch in der industriellen Landwirtschaft.

10. Tiere in den saarländischen Zoos

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat im Mai 2014 mit dem „Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ ein überarbeitetes Regelwerk für die Haltung von Säugetieren in Zoos veröffentlicht. In saarländischen Zoos ist die vollumfängliche Umsetzung dieser wichtigen Tierschutzrichtlinien auch nach über zwei Jahren nicht zu erkennen.

- a) *Befürwortet Ihre Partei die Erstellung eines Maßnahmenplans für die zoologischen Einrichtungen, um die Haltungsvorgaben des BMEL aus dem Jahr 2014 schnellstmöglich umzusetzen?*

Ja. Insbesondere, weil es in dem Gutachten nur um Mindestanforderungen geht. Diese sollten so schnell wie möglich in allen deutschen Zoos erreicht werden. Wir würden uns wünschen, dass die Haltung einen Standard erreicht, der über das Mindestmaß hinausgeht.

- b) *Wie steht Ihre Partei zu dem Vorschlag, die Einhaltung der vorgenannten Mindestanforderungen für alle Tiergehege zu erreichen, indem die Anzahl der zur Schau gestellten Tierarten reduziert und frei werdende Gehege zusammengelegt werden?*

Diesen Vorschlag unterstützen wir.

- c) *Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tierschutzorganisationen, die Zoohaltung besonders sensibler Tierarten wie beispielsweise Menschenaffen, die nachweislich unter einer Gefangenschaft leiden, mittels eines Nachstellverbots auslaufen zu lassen?*

Diese Forderung unterstützen wir.